



Andreas Jung
Mitglied des Deutschen
Bundestages



Lothar Riebsamen
Mitglied des Deutschen
Bundestages

Pressemitteilung

Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn auf gutem Weg! Bund übernimmt 60 Prozent der Kosten

Konstanz, 04.01.2019

Andreas Jung, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 - 77077
Fax: +49 30 227 - 76253
andreas.jung@bundestag.de

Lothar Riebsamen, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 - 74123
Fax: +49 30 227 - 76478
lothar.riebsamen@bundestag.de

Stellungnahme der Bundestagsabgeordneten Andreas Jung (Konstanz) und Lothar Riebsamen (Bodenseekreis) zur Presseberichterstattung zur Bodenseegürtelbahn:

„Die Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn ist auf einem guten Weg“ stellen Andreas Jung und Lothar Riebsamen klar. Während der Abschnitt Friedrichshafen – Lindau im Rahmen des laufenden Ausbaus der Südbahn elektrifiziert wird, soll der Abschnitt Friedrichshafen – Radolfzell durch Mittel aus dem Bundesprogramm zur Gemeindeverkehrsfinanzierung (GVFG) realisiert werden. Der Bund übernimmt hierbei 60 Prozent der Kosten. Maßnahmen werden entweder über den Bundesverkehrswegeplan finanziert oder eben über die GVFG-Mittel. Deshalb wird die Maßnahme im Bundesverkehrswegeplan nicht genannt. Der Bund beabsichtigt dabei, die GVFG-Mittel von derzeit 333 Millionen Euro jährlich über 665 Millionen Euro im Jahr 2020 auf eine Milliarde Euro im Jahr 2021 anzuheben. „Damit erhöht der Bund sein Engagement deutlich und bekennt sich klar zum Ausbau leistungsfähiger Verbindungen in der Fläche“, unterstreichen Andreas Jung und Lothar Riebsamen.

Die hierzu notwendigen Schritte zur Elektrifizierung der Strecke zwischen Radolfzell und Friedrichshafen seien eingeleitet: Das Projekt sei bei Land und Bund als Maßnahme hinterlegt, die Finanzierungsvereinbarung für die Vorplanung wurde Ende 2018 abgeschlossen. „Möglich gemacht wurde dies durch ein zielgerichtetes Vorgehen der Landkreise Konstanz und Bodenseekreis gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg“, so Andreas Jung und Lothar Riebsamen weiter. Ausdrücklich heben sie dabei das besondere Engagement der Landkreise und Gemeinden hervor, sich an den Planungskosten zu beteiligen. Die Vorplanung selbst soll bis 2020 Klarheit darüber bringen, ob die veranschlagten Kosten von 140 Millionen Euro ausreichend sind.